



Inhaltsverzeichnis

12.10.2025	NDR: Lubmin: Neues Atomlager kommt frühestens Anfang der 2030er Jahre	3
11.10.2025	Donaukurier Neuburg: Endlagersuche: Leon Eckert fordert Klarheit	5

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 NDR

Lubmin: Neues Atomlager kommt frühestens Anfang der 2030er Jahre

12. Oktober 2025 07:24 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

2011 hatte der Bund die Anforderungen an den Terrorschutz erhöht. In Lubmin muss deshalb ein Neubau für die Castoren entstehen. Die Genehmigungsverfahren sind langwierig.

Weil das bestehende Atom-Zwischenlager in Lubmin nicht mehr die erhöhten Anforderungen an den Terrorschutz erfüllt, wird dort seit acht Jahren ein neues Zwischenlager für den hochradioaktiven Abfall geplant. In das neue Lager mit dem Namen Estral sollen die 74 Castor-Behälter mit den Brennelementen umgelagert werden.

Mindestens vier Jahre Bauzeit

Die Planungen schreiten allerdings nur langsam voran. Die Inbetriebnahme des neuen Lagers mit seinen 1,80 Meter dicken Betonwänden könne frühestens Anfang der 2030er-Jahre erfolgen, heißt es vom Betreiber EWN. Das Unternehmen rechnet mit einer mindestens vierjährigen Bauzeit. Die Umlagerung der Castor-Behälter solle aber vor dem Jahr 2036 erfolgen. Zu diesem Zeitpunkt läuft die Genehmigung für die Aufbewahrung des ersten Atommüllbehälters mit hochradioaktivem Abfall aus. Er war 1996 verschlossen worden. Damit hat sich der Zeitrahmen erneut verzögert. Im vergangenen Jahr hieß es, dass der Neubau bis 2030 fertig sein solle.

Der Bund hatte 2011 infolge des Terroranschlags vom 11. September 2001 in den USA und nachfolgenden Anschlägen in Europa die Sicherheitsanforderungen an die Lagerung von Castor-Behältern für alle Zwischenlager erhöht. Dabei wurde untersucht, inwieweit die Atommülllager gegen Flugzeugabstürze und den Beschuss mit panzerbrechenden Waffen gesichert sind. Für Lubmin hieß es im Ergebnis: Neubau. Das Unternehmen informiert heute in Lubmin auf einem Nachbarschaftstag über die Fortschritte im Genehmigungsverfahren.

Kosten belaufen sich auf 220 Mio. Euro

Nach Angaben der EWN GmbH sind für das mehrstufige Genehmigungsverfahren inzwischen rund 80 Prozent der Unterlagen erstellt. Aufgrund der Komplexität der Genehmigungsverfahren sei es verständlich, dass Prüfung und Überarbeitung der Fülle an eingereichten Unterlagen mehr Zeit in Anspruch nehmen, begründete ein EWN-Sprecher die Verzögerungen. Die Kosten für das Lager werden inzwischen auf 220 Millionen Euro geschätzt.

Endlagersuche: Leon Eckert fordert Klarheit

Auch das Schrobenhausener Land ist im Spiel

Schrobenhausen. Der Bundestagsabgeordnete Leon Eckert (Grüne) kritisiert die anhaltende Unklarheit bei der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle. Er wirft Ministerpräsident Markus Söder und der Staatsregierung mangelnde Verantwortung und fehlende Ehrlichkeit in der Atompolitik vor.

Nach aktuellem Stand der Endlagersuche gehören weiterhin Teile der Landkreise Freising, Pfaffenhofen und Neuburg-Schrobenhausen zu Gebieten, die grundsätzlich geologisch geeignet sein könnten. Wie das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) mitteilt, liegt für diese Region jedoch noch kein Arbeitsstand aus den repräsentativen vorläufigen Sicherheits-

untersuchungen (rvSU) vor. Eine konkrete Bewertung steht somit weiterhin aus.

„Die Menschen in unserer Region haben ein Recht darauf zu wissen, wie es weitergeht“, erklärt Leon Eckert. „Während der Bund ein transparentes und wissenschaftsbasiertes Verfahren vorantreibt, schiebt die CSU-Staatsregierung die Verantwortung seit Jahrzehnten von sich. Söder spricht gerne über neue Atomkraft, aber wenn es um die Frage nach der Entsorgung des Mülls geht, wird er auffällig still oder lenkt ab.“

Eckert betont, dass sich auch in Bayern weiterhin hochradioaktive Abfälle in oberirdischen Zwischenlagern wie dem am Standort Gundremmingen be-

finden. Diese Form der Aufbewahrung könne jedoch keine dauerhafte Lösung sein. „Ein Zwischenlager bleibt ein Provisorium und schützt nicht über Generationen. Wir brauchen endlich ein Endlagerkonzept, das langfristige Sicherheit gewährleistet und Verantwortung übernimmt“, mahnt Eckert.

„Wer die Rückkehr zur Atomkraft fordert, muss auch ehrlich sagen, wohin mit dem Atommüll“, so Eckert weiter. „Statt Ausreden und technologischem Wunschdenken braucht es jetzt Ehrlichkeit und Verantwortung. Gerade gegenüber den Menschen in Bayern, die schon heute die Risiken tragen.“ DK/Foto: Severin Strasser, DK-Archiv

Wörter: 244
Seite: 29 bis 29
Ressort: Lokales
Rubrik: Donaukurier Neuburg
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 80
Nummer: 234
Ausgabe: Nebenausgabe
Auflage: 1.152 (gedruckt)¹
1.028 (verkauft)¹
1.041 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,00341 (in Mio)²

Weblink: <https://www.donaukurier.de>

Urheberinformation: (c) 2025 Passauer Neue Presse GmbH

¹ von PMG gewichtet 07/2025

² von PMG gewichtet 7/2025